

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 325.

Sonntag 29. Juni 1902.

96. Jahrgang.

Aus der Woche.

Saum hatte über dem Sarge, der König Albert's irdische Hülle umschließt, die Grust sich geschlossen, so wurden die Augen der Welt abermals auf das Schmerzlager eines Monarchen gelenkt. König Edward von Großbritannien wurde mitten in den Vorbereitungen zu seiner Krönung von einem Uebel befallen, das eine schnelle Operation nötig machte. Er hat sie glücklich überstanden; ob aber durch sie das Uebel selbst vollständig gehoben und jede Gefahr für das Leben des künftigen Patienten beseitigt ist, ist trotz der günstig lautenden, auch für den Lebenden selbst bestimmten Prognose noch recht fraglich.

Er leidet an einer Krankheit, die häufig Menschen befällt, auch solche, die sich von Ausschweifungen aller Art fern gehalten haben. Dessen ungeachtet liest man in den Blättern pharisaische Ausprüche ab dieser Heimtücke. Ist das im Interesse des internationalen Rufes Deutschlands bedeutend, so muß man nach mehr befehlen, daß in deutschen Presorganen die Erkrankung des Königs von England als göttliche Strafe wegen der Inangriffnahme und Durchführung des Boerentrieges besprochen und leidet, um nicht die ganze Wahrheit zu sagen — nicht beklagt wird. Wenn ein süddeutsches, recht literarisches Blatt den „Ringer Gottes“ wälzen feht, so darf man dies der phyllo-ultromontanen Sybäre, die das Blatt umgibt, entschuldigen zuschreiben. Bei der Art der römischen Demagogie ist es zwar aller Brauch, schwere Körperliche Leiden oder schweren Todeskampf eines politischen Gegners auf den einen „Widersacher der heiligen Kirche“ strotzenden Gott zurückzuführen. Das hat beispielsweise der allbekannte bayerische Minister Frhr. v. Luz erfahren, der lange litt, und als bekannt geworden war, daß des Fürsten Bischof Albrecht Brand ihm vor dem Tode Schmerzen bereitet hatte, da schaute sogar ein „großes“ Centralblatt nicht davon zurück, anzudeuten, die Vorlesung habe hier als Richter des Grafen verurteilt und etliche wegen Heberei eingesperrt gemessener Karikatur gewaltet. Diese Praxis ist in diesem Lager, wie gesagt, allgemein. Wie haben deshalb während der sehr langen Leidenszeit und nach dem Ableben des Centralführers Dr. Pieber, so weit es nur immer möglich war, vigiliert, ob wohl das eine oder das andere liberale Blatt sich vergessen und Wiedervergeltung gelübt habe. In unserer großen Verachtung war eine solche Verirrung nicht festzustellen. Man sehen wir angeführt der Erkrankung des Königs von England diese Bemerkung auch außerhalb des ultramontanen Lagers einreichen, und in einem Blatte, das sich durchaus nicht mit literarischer Nachbarschaft und deren „abfälliger“ Wirklichkeit entschuldigen kann, ließ man von einem Menckel, von nicht unverdienter Dämpfung der Ueberhebung des Sohnes Albrecht u. s. w. Dies ist nun zeigt selbst von Ueberhebung, denn es verhält die Annahme, die Wege Gottes erforscht zu haben. Doch nicht mit der religiösen Seite dieser Ausstellungen haben wir es hier zu thun, sondern mit der rein menschlichen und mit der Wirkung dieses Treibens, die nur eine verrohende sein kann.

Gestern ist in Berlin das Vertrags-Instrument über die Verlängerung des Bündnisses Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn und Italien vom Grafen Bälou, dem österreichisch-ungarischen Botschafter v. Szegedy und dem italienischen Botschafter Grafen Panza unterzeichnet worden. Der Dreibund ist durch dieses Instrument in unveränderter Form erneuert. Daß sein Wert nicht mehr der alte ist, hat Graf Bälou selbst vor einiger Zeit angegeben. Trotzdem wird man sich seiner Verlängerung schon deshalb freuen dürfen, weil diese die Behauptung der Freihändler, die deutsche Reichsregierung habe durch die Zolltarifvorlage die Erneuerung ihrer politischen Bündnisse erschwert oder gar unmöglich gemacht, widerlegt. Aus den weiteren Verhandlungen des Reichstages über die Vorlage werden also diese Argumente gegen den Entwurf zum Vorteil desselben ausbleiben müssen.

Die Spinner und die Weber in der Zolltarif-commission haben sich bestiger gezeigt, als nötig erscheint. Die beiden Gewerke sind natürliche Gegner und werden es bleiben, vereinigen können sie ihre Interessen unmöglich. Gerade weil dem so ist und weil es den Repräsentanten dieser Gewerke längst bekannt ist, hätte man erwarten dürfen, daß sie vor der Öffentlichkeit dem Unabänderlichen Rechnung tragen würden. Schließlich mußte man sich doch sagen, daß das breitere Interesse — es braucht deshalb, vom Standpunkte des einzelnen Produzenten gesehen, nicht das legitimere zu sein — obliegen müsse und werde. So ist es auch gekommen. Öffentlich nicht es nun bei den Beschüssen, die auch für den Unterlegenen aus-schließlich sind, und haben im Plenum vor der ganzen Öffentlichkeit eine Wiederaufnahme des Gesetzes nicht hat. So weit das Fractionelle in Betracht kommt, wäre es vielleicht thunlich und jedenfalls gut gewesen, nicht einmal die Commission den Schauplatz innerer Differenzen werden zu lassen.

Mit einer Schandbildergalerie beschenkt der Reichstag den Reichstag, eine Sammlung der Schandbilder aller Abgeordneten, die als Mitglieder der Fortschrittspartei, der deutsch-freiwirtschaftlichen Partei und der freiwirtschaftlichen Volkspartei die Reichstagsvertretung geziert haben resp. zieren. Herr Richter, der sein Conteser schon eingetauscht hat, bekümmert

sich sehr um die Collection und fordert in seiner Zeitung die Schützen oder deren Hinterbühnen zur Veranschaulichung des ständlich-nationalen Unternehmens dringen auf. Wir glauben jedoch, daß das eingeschlagene Verfahren nicht auf der Höhe seines Zweckes steht. Die Photographie, so hoch sie zu schätzen, ist nicht würdig, der Welt die sinnliche Vorstellung von der Gesamtheit der Schützen, die seit 1862 freiwillig geworbt, zu übermitteln. Es müßte ein Kranz oder ein Anton von Berner aus Wert gerufen werden.

Deutsches Reich.

C. H. Berlin, 28. Juni. (Militärische Genesungsbetriebe.) Generaloberst Graf von Döfler, der ja ein Soldatenwater im schönsten Sinne des Wortes ist, ist bekanntlich bahnbrechend mit der Errichtung eines Genesungsbetriebs der Reserve bei den Angehörigen seines Corps (XVI.) vorgegangen. Da das Vorkriegs-Genesungsbetriebe großartige Erfolge aufzuweisen hatte, so beschloß die Frage der Errichtung weiterer Genesungsbetriebe unangefochten die maßgebenden Kreise. Als jetzt hat die Armee bereits sieben Genesungsbetriebe; das Gardecorps hat sich in dem annähernden Weichenthal ein solches geschaffen, das I., das II. und das III. Armecorps erichten dieser Wohlthat noch, das IV. hat das liebliche Suderode für sein Genesungsbetriebe ausgesucht, das V. hat den rechten Ort noch nicht gefunden, das VI. hat in dem schönen Lande eine Stätte für die reconvaleszenten Soldaten gebaut, das VII., das VIII. und das IX. Armecorps sind wieder ohne Genesungsbetriebe, für das X. ist ein solches auf der Insel Nordsee im Werden, die weiter folgenden Armecorps mit Ausnahme des XV. und des XVI. enthalten noch ein solches, das für das XX. letztmögliche Armecorps liegt in Rothau. Die Erfolge aller militärischen Genesungsbetriebe sind höchst erfreulich und es ist nur eine Frage der Zeit, ob jedes Armecorps über ein Genesungsbetriebe verfügt. Jedem Genesungsbetriebe steht ein Oberarzt vor (das VI. hat einen Oberarzt 3. D.), und alle diese Männer sind darin einig, daß die Anhalten des Oeres und dem Staate eine Anzahl Mannschaften erhalten haben, die sonst wahrscheinlich frühzeitig verloren gegangen wären.

A Berlin, 28. Juni. (Die Grundlage der künftigen deutschen Handelsvertragsverhandlungen.) In den Verhandlungen der Nationalökonomie und Statistik (Oskar Hübner, Jens) ist in diesen Tagen ein Artikel erschienen, der die Grundlagen der Handelsverträge, wie: Erneuerung der bestehenden Handelsverträge auf eine bestimmte längere Zeit, Unterlassung der Kündigung der bestehenden Handelsverträge und Verhandlungen über neue Handelsverträge auf Grund des jetzigen autonomen Tarifs, diese Vorläufe als unauflöslich anzunehmen, wie auch die Annahme, daß es möglich ist, mit fremden Staaten auf der Grundlage des Entwurfs allein zu verhandeln und günstige Verträge zu erzielen, als politisch nicht angängig bezeichnet. Als Grundlage der künftigen deutschen Handelsverträge kann nach dem Verfasser nur der Zolltarif selbst gelten, dessen Schichten die Wirkung haben würde, das Deutsche Reich in die Vertragsverhandlungen nicht unter den gleichen Bedingungen einzutreten würde, wie sie Anfang der neunziger Jahre bestanden. „Das hätte sich“, schreibt der Verfasser weiter, „abgesehen von den psychologischen Erwägungen, die sich an das Scheitern des Entwurfs knüpfen können — auch nicht vermeiden lassen, wenn der Entwurf nicht eingebracht worden wäre. Das letztere wäre einem freiwilligen Verzicht auf diejenigen Maßnahmen gleichgekommen, welche sich aus der veränderten Sachlage als für einen günstigen Ausgang der Verhandlungen nötig ergebend, und so vorzuziehen, wäre mit den Grundgedanken einer völkerverständlichen und gewissenhaften Regierung nicht vereinbar gewesen.“ Der Verfasser gelangt zu dem Schluß, daß alle oben angedeuteten Wege und Vorläufe zum Teil unüberwindliche Schwierigkeiten bieten und daß deshalb ein Scheitern der Vorlage mehr als ein parlamentarischer Mißerfolg, daß es ein nationales Unglück sein würde, ganz besonders vom Standpunkt derjenigen, welche mit ernstem Willen auf den baldigen Abschluß dringender Handelsverträge hinwirken. Der Appell, den der Verfasser an die bürgerlichen Parteien zur Verhandlung über den Zolltarif richtet, entspricht den wiederholt aus von dieser Stelle ausgehenden Ermahnungen, die Sonderinteressen dem Gesamtwohl unterzuordnen und zum Gebahren des letzteren Manches hinzunehmen, was den Einzelwünschen nicht zugehen kann. Gemäß, auch die nationalliberale Partei ist durchaus nicht leichten Gemüthes auf den Boden der Regierungsvorlage getreten und muß viele schwere Bedenken niederzulegen, aber sie thut es, weil sie sich der politischen und nationalen Verantwortlichkeit für das Scheitern der Vorlage bewußt ist. Der größere Teil der conservativen Partei befindet sich dagegen noch heute völlig im Banne der Ueber-Arguerie und verachtet die mahnennden Stimme zur Verhandlung sein. Die Verhandlung gilt ihm einzig und allein die Er-

füllung jener übertriebenen agrarischen Forderungen, die Fassung der Regierung unter den Willen des Bundes der Landwirthe!

Berlin, 28. Juni. (Gustav Freitag als „Reptil“.) Der „Vorwärts“ erfährt seine Leser heute damit, daß er ihnen Gustav Freitag als „Reptil“ vorstellt. Die Anrede hierzu hat das socialdemokratische Centralorgan den in der „Deutschen Revue“ veröffentlichten Denkwürdigkeiten Albrecht's von Stolz entnommen. Stolz wandte sich bekanntlich an Freitag in jeder Zeit, zu der Bismarck die Wiedereinsetzung des preussischen Grafen v. Helldorf, Grafen v. Medem, betriebe, und theilte Freitag dabei u. a. Folgendes mit: „Nun wird gewünscht, daß Sie an Wiedem schreiben, um ihm den Entschluß (in die Kunstverwaltung überzutreten) zu erleichtern und daß Sie ihn in einer Zeitung so verberzeln, daß er hinstimmt.“ — Der „Vorwärts“ schließt aus dem Tone des Briefes, daß Freitag sich offenbar über zu solchen Diensten habe demüthigen lassen, „sonst würde Stolz ein solches beleidigendes Ansehen nicht an ihn gestellt haben.“ Vermuthlich hat denn auch, führt der „Vorwärts“ fort, Freitag den Grafen Wiedem in die Kunst weggeführt. „Und Gustav Freitag gilt noch für einen der charaktervollsten bürgerlichen Publicisten!“ Also lediglich auf eine Vermuthung gründet der „Vorwärts“ den Vorwurf, daß auch dieser bedeutende Schriftsteller sich zu Reptilendiensten mißbrauchen ließ. — Aber davon ganz abgesehen, fehlt in dem Schreiben Stolz's selbstverständlich jede Andeutung, als ob Freitag bei Erfüllung des übermittelten Auftrages auf Consequenz zu rechnen habe. Stolz, Mitarbeiter der „Grenzboten“ und warmer Verehrer Freitag's, wußte nur zu gut, wie wenig Freitag's Unabhängigkeit dadurch berührt wurde, daß er gelegentlichen Anregungen Stolz's Folge leistete. Da Freitag die anständige Politik Bismarck's unterstützte, hat er zweifellos das beste politische und literarische Recht darauf gehabt, einen nicht unwichtigen Gegner Bismarck's nach Kräften dadurch unendlich zu machen, daß er denselben wegen seiner Befähigung für einen anderen Wirkungsfeld vorberzeln ließ. Da Freitag jene Befähigung bestritt, darauf geht der „Vorwärts“ ebensowenig ein, wie auf die üblichen cremenellen Punkte. Kam es dem „Vorwärts“ doch auch bloß darauf an, „einen der charaktervollsten bürgerlichen Publicisten“ heranzureichen.

Berlin, 28. Juni. (Ein socialdemokratischer Wahlplan.) In socialdemokratischen Kreisen ist jetzt der fonderbare Gedanke aufgekommen, eventuell durch starke Beteiligung der Arbeiterschaft das Zustandekommen der preussischen Landtagswahlen überhaupt zu verhindern. In einer heiligen Wahlversammlung sprach der frühere Privatdocent Dr. Arons über dieses Thema und führte dazu Folgendes aus: Nimmt man an, daß von den durchschnittlich 98 Wählern dritter Abtheilung in einem Wahlbezirk sich 20 beteiligen und vorchristlich ihre Stimmen abgeben, so würde das, nur eine Minute auf die Stimmabgabe des Einzelnen gerechnet, 1 Stunden dauern. In Wahlwahl erforderlich, was oft vorkommen kann, 8 Stunden. Doch nur unter sehr günstigen Umständen wird die Urwahl von der dritten Abtheilung in diesem Zeitraum vollzogen werden können. Erwirbt man, daß jeder Wähler das Recht hat, die Namen seiner Wahlmänner selbst in die Abstimmungsliste einzutragen, und daß in Berlin die hier zur Urwahl erforderlichen 1200 bis 1400 Wähler, von denen jeder mindestens 240 Personen fassen muß, nicht vorhanden sind und man deshalb nur bis drei Tausend als Wahllocal in vielen Fällen benutzen muß, so ergibt sich, daß die Urwahl unter Umständen Tag und Nacht dauern kann. Auch zehnjährlich wird die Wahl der Abgeordneten. Rechnet man auf die Stimmabgabe jedes der circa 1200 Wahlmänner eines Wahlkreises nur eine Minute, so würde ein Wahlgang 20 Stunden dauern, mit Wahlwahl 40 Stunden. Das würde, wo drei Abgeordnete zu wählen sind, wie z. B. im ersten Berliner Wahlkreise, 120 Stunden ausmachen. Hierbei ist das Auszählen der Stimmen, sind andere Nebenarbeiten und Störungen der Wahlhandlung nicht mitgerechnet. Man kann also annehmen, daß es thatsächlich noch länger dauern wird, ja, daß die Wahlen überhaupt nicht zu Stande kommen können, wenn die Socialdemokraten dafür sorgen, daß die gesetzlichen Bestimmungen streng innegehalten werden. Das wäre, meint der Redner, eine Wagnis, vor der welchem sogar die preussische Regierung zurückschrecken und die sie veranlassen könne, noch vor der nächsten Wahl eine Aenderung herbeizuführen.

Berlin, 28. Juni. (Telegramm.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Der Reichskanzler Graf v. Bälou hat gestern den Oberbürgermeister Dautler aus Dresden empfangen.

Berlin, 28. Juni. (Telegramm.) In der heutigen Vormittagssitzung lehnte der Colonialrath die Vorsehung des Staats für Samoa ab. Eine Anfrage des Abgeordneten Simar über das Verhalten der englischen Missionar-Gesellschaften auf Samoa wurde vom Gouverneur Colfabin beantwortet, die englischen Missionar-Gesellschaften seit der Öffnung der Frage eifrig bemüht, sich den deutschen Verhältnissen anzupassen. Auf eine Anfrage sagt die Regierung zu, gegenüber der Gefahr der Ein-